

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Ergebnishaushalt 2026															
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Zeile	Haushaltsplan/ Seite	Organisations- einheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	FDP	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	Klimaliste	JGR/IR	Bemerkungen
						+13	+6	+6	+5	+4	+2	+2	+2		
												x		x	Keine Anträge
1	120		(Gesamt-HH)	12	-111.941.740					-5.000.000					Linke: Bei den Personalkosten über alle Bereiche hinweg mit dem Rasenmäher statt 16,15 Millionen nur 11,15 Millionen einsparen. Das städtische Personal wird sonst u. a. durch die Verlängerung der Wiederbesetzungssperre noch mehr überlastet, mit nicht absehbaren Folgen.
2	180	002	1114-002	17	-803.580					-65.000					Linke: Eigentlich sollte man die Kürzungen von 2025 nicht nochmal antasten. Die letztes Jahr beschlossene Kürzung bei plan.b in Höhe von 15.000 Euro sollte aber unbedingt zurückgenommen werden; wir befürchten, dass die Beratungsstelle sonst schließen wird, weil nur noch die Hälfte des Zuschusses besteht. Darüber hinaus sollte es auch keine weiteren Zuschusskürzungen im Bereich Gleichstellung und Integration geben. Daher weitere 50.000 Euro. Insbesondere im Bereich Beratung bei Gewalt gegen Mädchen und Frauen fordern wir einen Beschluss des Gemeinderats, dort keine Kürzungen vorzunehmen, weil die Beratungsstellen ausgelastet sind und die Bereitstellung der Beratung ab 2027 ohnehin Pflichtaufgabe wird.
3	182	003	5610-003	12	-616.240	Betrag nicht beziffert									AL/Grüne: In der Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz wird eine 50%-Stellenkürzung zurückgenommen, um die Umsetzung des Klimaschutzprogramms zu stärken. Die Beratungen rund um die Umsetzung des Klimaschutzprogramms haben gezeigt, wie elementar wichtig die breite, zielgruppenspezifische Einbindung der Stadtgesellschaft für einen erfolgreichen Klimaschutz ist. Zwar liegen wichtige Hebel für den Klimaschutz direkt bei den Stadtwerken und der Stadtverwaltung, aber für den Großteil der Treibhausgas-Emissionen sind Dritte verantwortlich. Diese "Dritten" zum Klimaschutz zu motivieren und zu befähigen ist unabdingbar für die Erreichung ehrgeiziger Klimaschutzziele. Hinweis der Verwaltung: Stelle in E11 mit 50 %, jährliche Kosten liegen bei 41.930 Euro.
4	182	003	5610-003	14	-125.940								-100.000 -25.000		Klimaliste: Bürgerinnenrat Klima: Bereitstellung von 100.000 Euro (Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen) im Produktbereich 56.10 Umweltschutzmaßnahmen der Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz (Teilhaushalt 1) zur erstmaligen Konzeption und Durchführung eines Bürgerinnenrats Klima in Tübingen. Begründung: Die Universitätsstadt Tübingen hat ambitionierte Klimaziele, deren Erreichung eine breite Akzeptanz und Beteiligung der Bevölkerung erfordert. Der Bürgerinnenrat Klima ist ein notwendiges Instrument, um Bürgerinnen und Bürger direkt in die Entwicklung komplexer und weitreichender Maßnahmen zur klimaneutralen Transformation einzubinden und so die demokratische Legitimität sicherzustellen. Förderung der Kreislaufwirtschaft durch Repair Cafés und Tauschinitiativen Bereitstellung von 25.000 Euro (Transferaufwendungen/Sachaufwendungen) im Produktbereich 56.10 Umweltschutzmaßnahmen (Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz) für ein Förderprogramm zur Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen (wie Repair Cafés), die die Kreislaufwirtschaft fördern. Begründung: Angesichts der Kürzung der Transferaufwendungen in der Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz (von 328.510 Euro in 2025 auf 287.820 Euro in 2026) soll dieses kleine, aber wirksame Programm die Reduktion von Abfall und Ressourcenverbrauch direkt fördern, indem es die Lebensdauer von Produkten verlängert.
5	182	003	56.10-003	17	-287.820						+25.000		-40.000 -300.000		FDP: Doppelförderung für Wärmepumpen Klimaliste: Sicherung der personellen Ausstattung der Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz: Die im Rahmen des „differenzierten Rasenmähers“ vorgenommenen Kürzungen im Budget der Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz (56.10-003) bei den Transferaufwendungen werden vollständig rückgängig gemacht (Wiederherstellung des Ansatzes, der Kürzungen von rund 40.000 Euro gegenüber 2025 revidiert). Begründung: Die Stabsstelle ist für „Konzeptionen zum Klimaschutz“ und „Aktionen, Veranstaltungen und Informationen“ zuständig. Die Reduzierung dieser Mittel gefährdet die koordinierende und strategische Arbeit zur Erreichung der städtischen Klimaziele. Wiedereinführung der Sanierungsprämie Forderung: Wiedereinrichtung des ergänzenden städtischen Förderprogramms “Sanierungsprämie” für private und gewerbliche Wärmewende-Maßnahmen (z.B. Zuschüsse für energetische Sanierungen oder dezentrale klimaneutrale Wärmesysteme) in Höhe von 300.000 Euro (Transferaufwendungen). Begründung: Expertinnen und Experten schätzen, dass in den kommenden Jahrzehnten über die Hälfte aller Wohngebäude saniert werden müssen. Sanierungsmaßnahmen können an der Gebäudehülle (z. B. Wände, Türen, Fenster) und/oder an der Gebäudetechnik (z. B. Heizungsanlage, Solarthermie) ansetzen. Mit der Wiedereinführung der Sanierungsprämie unterstützt die Stadt die lokale Wärmewende. Hinweis der Verwaltung: Eine Sanierungsprämie erhält, wer eine qualifizierte Energieberatung in Anspruch nimmt und daraus abgeleitet eine empfohlene Maßnahme umsetzt. In 2024 wurden 16 Prämien mit einer Gesamtsumme von 11.500 Euro aufgrund von neuen Wärmepumpen gewährt.
6	198	THH 2	5710-2	17	-1.150.640					+100.000					Linke: Die WIT und die TST sollten nicht vom Rasenmäher ausgenommen sein und sollten zusammen 200.000 Euro einsparen. Die genaue Verteilung könnte man noch durch gegenseitige Deckung klären.
7	200	THH 2	5750-2	17	-1.037.000					+100.000					Linke: s. o.
8	201	THH 2	6110	1	166.964.460					+4.074.074					Linke: Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 435 Punkte
9	202	THH 2	6110	1	166.964.460						-3.600.000				FDP: Rücknahme Erhöhung Grundsteuer B

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Ergebnishaushalt 2026															
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Zeile	Haushaltsplan/ Seite	Organisations- einheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	FDP	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	Klimaliste	JGR/IR	Bemerkungen
						+13	+6	+6	+5	+4	+2	+2	+2		
10	237	FB4	-- (FB4)	17	-7.460.010					-600.000					Linke: Ungefährer Betrag, reicht aus, um möglichst keine Zuschusskürzungen im Kulturbereich vornehmen zu müssen, kann ansonsten zur Deckung verwendet werden, wenn bei den städtischen Kultureinrichtungen die Einsparziele nicht erreicht werden können. Der Ansatz auf dieser Position ist dann höher als im Vorjahr, das liegt aber nur am gestiegenen Zuschuss für die TMS, der beim FB8 zu Einnahmeerhöhungen geführt hat.
11	261	FB5	-- (FB5)	14	-8.430.400					-780.000					Linke: Der Ansatz für Sachkosten im Bildungsbereich sollte nicht gekürzt werden, damit nicht an Lehrmitteln, Fortbildungen und Ausflügen gespart werden muss.
12	284	FB5	3620	17	-1.039.500					-145.000					Linke: Das ist der Bedarf an Zuschüssen, wenn man außer den 2025 beschlossenen Maßnahmen im Jugendbereich (und der in dieser Produktgruppe enthaltenen Schulsozialarbeit) keine weiteren Zuschüsse kürzt.
13	287	FB5	3650	17	-26.424.770					-2.692.000					Linke: Diese Position umfasst ausschließlich die vertraglich fix vereinbarten Zuschüsse an die freien Träger der Kinderbetreuung . Diese 2,7 Millionen, die es eigentlich hier mehr bräuchte (ermittelt über den Ansatz im HH25 und die Liste der Neuanmeldungen), müssen daher noch zusätzlich bei den städtischen Kitas eingespart werden. Das kommt zwar durch das Rasenmähersystem auch bei anderen Positionen im Haushalt mal so vor, in Höhe von fast drei Millionen ist das aber besonders krass und unserer Meinung nach auch nicht realistisch, weshalb diese Haushaltsstelle vom Rasenmäher ausgenommen werden sollte.
14	300	FB5	4210	17	-657.130					-65.000					Linke: Keine Kürzung der Zuschüsse an Sportvereine
15	313	FB50	-- (FB50)	17	-2.362.970					-60.000					Linke: Dies ermöglicht nach unserer Rechnung, auf Zuschusskürzungen im Sozialbereich zu verzichten.
16	319	FB50	31.60	17	-1.302.570						-4.930				FDP: Kürzung STT WHO statt -6.930 auf -2.000 Euro
17	322	FB50	318010	12	-1.599.370		-60.000								SPD: Stellenschaffung 1 AK Sozialhausmeister , Wohnen für Geflüchtete Hinweis der Verwaltung: Stelle Sozialhausmeister in E6 hochgerechnet ab 01.07.2026 29.900 Euro. Jährliche Folgekosten somit 59.800 Euro.
18	322	FB50	318010	17	-79.390						+39.390				FDP: Wegfall Bundesmittel, weniger Neuaufnahmen Hinweis der Verwaltung: In 2026 kein Rückgang, sondern erhöhte Aufnahme Geflüchteter aufgrund drei neuer Standorte. Transferleistungen sind für Arbeitsgelegenheiten, Sprachförderung und flankierende Maßnahmen zur Integration. Bundesmittel waren einmalige außerordentliche Förderung. Auf Rückgang der Mittel wird bereits durch Stellenabbau im Integrationsmanagement reagiert (siehe Vorlage 924/2024).
19	353	FB7	5110-7	14	-1.197.820								-100.000		Klimaliste: Erstellung einer Konzeption „Schwammstadt Tübingen“: Bereitstellung von 100.000 Euro (Sach- und Dienstleistungen) im Produktbereich 51.10 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung (Teilhaushalt 7) zur Erstellung eines integrierten Schwammstadt-Konzepts. Begründung: Angesichts der zunehmenden Häufigkeit und Intensität von Starkregenereignissen und urbanen Hitzeperioden ist die Entwicklung von Strategien zur Klimaanpassung essenziell. Ein dezidiertes Schwammstadt-Konzept dient der systematischen Planung von Maßnahmen zur dezentralen Regenwasserbewirtschaftung und zur Verdunstungskühlung in der Stadt. Es ergänzt und verstärkt die bereits im Investitionsprogramm vorgesehenen Maßnahmen im Öffentlichen Grün/Landschaftsbau (Produktgruppe 55.10) und im Gewässerschutz (Produktgruppe 55.20).
20	417	FB9	5470-9	17	-3.784.000						+1.917.980		-1.000.000		FDP: Rabattierung Deutschlandticket und kostenlosen Samstagsverkehr streichen Klimaliste: Priorisierung des Öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV): Die Kürzung der Transferaufwendungen für das TüBus-Angebot in Höhe von 1,0 Millionen Euro, die im Rahmen des Konsolidierungspakets beschlossen wurde, wird rückgängig gemacht und der Betrag dem Budget wieder zugeführt. Begründung: Eine Kürzung des ÖPNV-Angebots oder eine Erhöhung der Ticketpreise (insbesondere durch Wegfall von Rabattierungen für das Deutschlandticket) konterkariert die Mobilitätswende. Die vollen Mittel sind notwendig, um die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs zu gewährleisten und die steigenden Kosten im Verkehrsbereich abzufedern. Hinweis der Verwaltung: Über die Rabattierung des Deutschlandtickets hat der Gemeinderat am 13.11.2025 Beschluss gefasst. Nach § 34 Absatz 1 Satz 6 GemO kann auf Antrag einer Fraktion über den gleichen Verhandlungsgegenstand erst nach Ablauf von sechs Monaten erneut beraten werden. Der Antrag zur Streichung des kostenlosen Samstagsverkehrs ist dagegen zulässig (189.980 Euro)

1. Änderungsanträge der Fraktionen zum Ergebnishaushalt 2026															
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Zeile	Haushaltsplan/ Seite	Organisations- einheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	FDP	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	Klimaliste	JGR/IR	Bemerkungen
						+13	+6	+6	+5	+4	+2	+2	+2		
21	419	FB9	5110	17	0								-25.000		Klimaliste: Förderprogramme für Urban Gardening und Solidarische Landwirtschaft (Sozial und Umwelt) Bereitstellung von 25.000 Euro (Transferaufwendungen) für die Produktgruppe 55.10 Öffentliches Grün/Landschaftsbau zur Förderung von Urban Gardening und Solidarischer Landwirtschaft (SoLawi) auf städtischen Flächen. Begründung: Diese Maßnahmen unterstützen die dezentrale Lebensmittelversorgung, tragen zur sozialen Integration bei (THH 5) und fördern ökologische Kreisläufe im Stadtgebiet. Die Mittel sollen als Anschubfinanzierung für Bürgerinitiativen dienen.
22						-1.000.000									AL/Grüne: Mit einem Fonds in Höhe von 1 Mio. Euro sollen wichtige kommunale Aufgaben abgesichert werden. Wenn eine städtische Abteilung oder ein Verein die Einsparziele trotz ernsthafter Bemühungen nicht erreicht, zum Beispiel weil andere externe Finanzierungsquellen wegfallen oder unerwartete dringliche Aufgaben entstehen, kann sich eine finanzielle Lücke ergeben. Diese Lücke darf nach Freigabe durch den Gemeinderat im Laufe des Jahres 2026 aus dem Fonds ausgeglichen werden. Der Fonds kann auch für solche Fälle herangezogen werden, in denen das Erreichen des Einsparziels nur mit sehr einschneidenden Maßnahmen zu erzielen wäre, die größeren Schaden als Nutzen anrichten. Besonders gilt dies für Aufgaben im Sozialbereich, etwa Maßnahmen zur Stärkung der seelischen Gesundheit von Kindern und Erwachsenen, zur Integration von Geflüchteten, zur Sicherung der Gleichstellung und des Gewaltschutzes. Außerdem soll gewährleistet sein, dass das städtische Mietmonitoring, also die systematische Beobachtung und gegebenenfalls auch Verfolgung zu hoher Mieten, fortgeführt werden kann. Im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung sollen Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels, wie z.B. Flächenentsiegelungen und naturnahe Wasserkonzepte (Schwammstadt) gesichert bleiben.
23	Begleitantrag						-2.000.000								SPD: s. Begleitantrag zum Haushalt 2026: Antrag zum Umgang mit zusätzlichen Mehreinnahmen und Minderausgaben im Haushaltsentwurf 2026
24	Begleitantrag														SPD: s. Begleitantrag zum Haushalt 2026: Informationen zur Kunsthalle Tübingen
25	Begleitantrag							x	x		x				Tübinger Liste, CDU, FDP: s. Begleitantrag zum Haushalt 2026: Die aufgrund der aktualisierten Steuerschätzung, einer geringeren Kreisumlage und des zu erwartenden besseren Ergebnisses des Jahres 2025 entstehenden Verbesserungen sowie weitere mögliche Einsparungen werden vollständig zur Haushaltskonsolidierung, zur Erwirtschaftung des Mindestzahlungsmittelüberschusses (d.h. es wird im Ergebnishaushalt ein Zahlungsmittelüberschuss zur Finanzierung der im Haushaltsplan veranschlagten ordentlichen Tilgung ohne Umschuldung und Sondertilgung erwirtschaftet) sowie zur Reduzierung des geplanten Defizits verwendet.